„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier.

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina

21. Jahrgang. 16 Seiten. Regina, Sask., Mittwoch, den 15. Februar 1928 16 Seiten. Nummer 15.

Dunning und Forke vor vor dem Parlament

Konservative und Hudson Bay-Bahn

Forke will Einwanderungsstrom verstärken

Ottawa. — Nach zehntägiger Debatte, an der sich die Führer der beiden großen Parteien, Premier Mackenzie King und Hon. R. B. Bennett, sowie zahlreiche andere Abgeordnete von allen Parteien beteiligt hatten, wurde am Abend des 9. Februar die Adresse zur Thronrede ohne Abstimmung angenommen.

Eine bemerkenswerte Rede hielt auch der canadische Eisenbahnminister Hon. Chas. A. Dunning, der sich zunächst mit der Hudson Bay-Bahn und insbesondere mit Palmers Bericht über den besten Hudson Bay-Hafen befaßte. Der Führer der Opposition habe die Meinung vertreten, die Regierung hätte nach Empfang des Berichtes mit der Fortsetzung der Arbeit warten sollen, bis das Parlament ihn gutgeheißen und angenommen hätte. Im Jahre 1911 habe Hon. R. B. Bennett sich bereits dafür ausgesprochen, daß solche große Fragen der Entscheidung des Regierung überlassen werden sollten. Im Jahre 1926 seien viele konservative Abgeordnete gegen die Vollendung der Hudson Bay-Bahn aufgetreten, besonders der Abgeordnete Cahan, der das ganze Projekt als schlimmste Torheit bezeichnet habe. Nun aber seien die konservative Partei und ihr Führer bereit, für die Vollendung der Bahnlinie einzutreten. Der Führer der Opposition habe die Forderung nach einer Untersuchung erhoben. „Die Untersuchung", so fuhr der Redner fort, „ist noch nicht beendet, aber darf ich annehmen, daß jetzt schon der Führer der Opposition davon überzeugt ist, daß die Hudson Bay-Bahn durchführbar ist, daß es ein gutes Geschäft für die Dominion ist, sie nach den von der Regierung festgesetzten Grundzügen zu entwickeln? Er antwortet mir nicht. Ich bedauere sehr, daß die Gesinnungsänderung der Konservativen anderen Ursachen als den von ihm geschilderten zuzuschreiben ist." Dann ging Minister Dunning auf die Anfrage des Abgeordneten von Halifax ein, warum man für die Arbeit an der Hudson Bay-Bahn Kartoffeln aus Carolina und Kohlen aus Virginia statt der canadischen Produkte gekauft habe. Nach der Ordnung des Hauses dürfe er die Behauptung nicht als falsch erklären, aber er lege einen Bericht des Aufkaufsagenten des Eisenbahnministeriums in Verbindung mit den Käufen vor und überlasse es dem Hause, sich selbst ein Urteil darüber zu bilden. Der Bericht zeige, daß alle Kartoffeln und alle Kohle in Nova Scotia gekauft worden seien mit Ausnahme von 408 Tonnen amerikanischer Anthrazitkohle, die in den von der konservativen Regierung gelieferten Oefen verbrannt würden. Ferner sprach sich der Redner gegen hohe Schutzzölle aus, da es ungerecht sei, einige Leute zugunsten einiger weniger zu besteuern.

Ein weiterer bemerkenswerter Redner der letzten Woche war der Einwanderungsminister Robert Forke, der den Wunsch äußerte, mit den Provinzregierungen in der Einwanderungsfrage möglichst enge zusammenzuarbeiten. Die Betätigung seines Ministeriums sei darauf eingestellt, den Strom von Leuten, die für die Landsiedlung und die Landarbeit geeignet seien, zu verstärken. Man habe in letzter Zeit an der Einwanderung beträchtlich kritisiert. Einerseits sei man für eine Politik der offenen Türe, andererseits gegen die jetzige Befreiung von allerlei Beschränkungen. Der Redner kam im Zusammenhang damit auf seine im letzten Sommer unternommene Europareise zu sprechen, wobei er in den skandinavischen Ländern starkes Interesse für Canada gefunden habe. Diese Länder hätten eine große landwirtschaftliche Bevölkerung. Die betreffenden Regierungen sähen es lieber, wenn der Bevölkerungsüberschuß auswandere, als sich in die Städte ergieße, wo nur die Reihen der Arbeitslosen verstärkt werden. Im Jahre 1922 hat die Gesamtzahl der Einwanderer 89,000 betragen, wovon 68,000 von Großbritannien, Skandinavien und den Ver. Staaten eingewandert sind; 1923 waren es 72,000, von denen 56,000 aus den bevorzugten Ländern kamen; 1926 waren es 110,000, davon 87,000 aus den bevorzugten Ländern; 1927 waren es 145,000, davon 103,000 aus den bevorzugten Ländern. Auf eine Anfrage des konservativen Führers R. B. Bennett unter Hinweis auf eine Zeitungsnachricht, daß ein Einwanderer aus Großbritannien 94 Fragen zu beantworten habe, während das für die Kontinentaleuropäer nicht gelte, antwortete Minister Forke, daß solche Fragen nur für jene gelten, die ermäßigte Fahrpreise genießen. Wenn solche Einwanderer Regierungshilfe erhielten, sei es nicht mehr als recht und billig, daß die Regierung sich über sie vergewissere.

Unterseeboot-Abrüstung

Amerikaner Kellogg überrascht die Welt

Ehrliche Absicht der Ver. Staaten bezweifelt

Washington. — Der amerikanische Staatssekretär Kellogg hat in den Marine- wie den politischen Kreisen der Welt ungeheures Aufsehen erregt durch eine Erklärung, daß die Vereinigten Staaten zur Unterzeichnung eines Anti-Unterseeboots-Vertrages bereit seien.

Die Aufnahme bei anderen Mächten.

London. — Die London Times kommentiert in einem Leitartikel Staatssekretär Kelloggs Vorschlag auf Abschaffung der Unterseeboote, dem sie sehr sympathisch gegenübersteht, und meint, daß dieser Vorschlag unter den jetzigen Verhältnissen leider zum Scheitern verurteilt wäre. Zwar würden die Vereinigten Staaten und England große Vorteile davon haben, doch betrachteten Frankreich und Italien die Unterseebootwaffe als unbedingt nötig und auch die kleineren Nationen bauten mehr Unterseeboote, um ihnen die Arbeit von Kreuzern zu übertragen.

Bisher verlautet inoffiziell, daß das englische Außenamt der Frage sympathisch gegenübersteht.

Paris. — Die Aufnahme von Staatssekretär Kelloggs Vorschlag auf Abschaffung der Unterseeboote ist in hiesigen Kreisen außerordentlich kühl. Die Presse stützt sich auf das Washingtoner Abkommen von 1921, wonach Frankreich die Zahl der Großkampfschiffe gutwillig einschränkte, um an ihrer Stelle Unterseeboote in unbeschränkter Zahl bauen zu können.

Eine amtliche Erklärung ist bisher nicht erfolgt, doch verlautet unoffiziell, daß Frankreich der Angelegenheit nur nähertreten will, wenn die Gesamtfrage der Flottenreduzierungen dabei behandelt wird.

Rom. — Staatssekretär Kelloggs Erklärung, die Vereinigten Staaten seien bereit, einen Vertrag zwecks Abschaffung der Unterseebootwaffe zu unterzeichnen, findet die italienische Regierung in einem Dilemma. Bisher verlautet nur inoffiziell, daß sich Italien in dieser Frage von der Haltung seiner Nachbarn leiten lassen müsse, daß eine ausgedehnte Küstenlinie in Italien selbst und Afrika zu verteidigen wäre und daß schon allein Frankreichs Stand in der Frage eine günstige Antwort Italiens auf den Vorschlag verhindere.

Moskau. — Staatssekretär Kelloggs Vorschlag für Abschaffung der Tauchboote wird einerseits als ein bestimmter Antrag für Beseitigung der grausamsten Waffe des Seekrieges aufgefaßt und als eine Grundlage für allmähliche Abrüstung. In gewissem Maße würde ein solcher Schritt mit Rußlands Eintreten für allgemeine Abrüstung als eines der Grundprinzipien des Weltfriedens übereinstimmen. Andererseits wird offen die Meinung ausgesprochen, daß Sekretär Kellogg zu einem so weitgehenden Schritt durch hinterhältige Beweggründe veranlaßt sei. Der Gedanke liege nahe, daß Länder mit großen Flotten, wie England und die Ver. Staaten, die Tauchboote fürchten, weil diese modernen Unterseefahrzeuge die größte Gefahr für starke Kriegsflotten bilden und weil sie kleineren Seemächten die Möglichkeit einer erfolgreichen Verteidigung durch geschickte Ausnutzung von Tauchbooten geben würden.

Tokio. — Die japanische Marineleitung und das auswärtige Amt sind im allgemeinen zurückhaltend zu Staatssekretär Kelloggs Vorschlag auf Abschaffung der Unterseeboote, und erklären nur, daß sie die Angelegenheit in Erwägung ziehen werden, sobald Japan einen offiziellen Vorschlag darüber erhalte.

Im Marineministerium wurde unoffiziell gesagt, daß, so sehr auch die Abschaffung von Unterseebooten wünschenswert wäre, es doch praktisch unmöglich erscheine, da unter den augenblicklichen Umständen die Unterseeboote die einzig wirksame Waffe der Völker wäre, die nur eine kleine Marine unterhielten.

Die hiesigen Zeitungen nehmen die Idee Kelloggs nicht ernst und schreiben, daß die Ver. Staaten die Abschaffung von Unterseebooten gerade in dem Augenblick vorschlagen, in dem sie das größte Marineprogramm aller Zeiten planen.

Telephongespräch New York-Berlin

New York. — Direkte telephonische Verbindung von allen Städten der Vereinigten Staaten und Kubas mit Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. ist nun möglich. Die Gesprächsgebühr für die ersten drei Minuten beträgt $82.50, dazu $27.50 jede weitere Minute. Nach England, Holland und Belgien ist nun Deutschland das vierte europäische Land, mit dem telephonische Verbindung hergestellt worden ist.

Die Gespräche werden von Amerika zuerst auf der bereits eingerichteten Verbindung nach London geleitet, und von dort über Brüssel nach den deutschen Plätzen. Die Dienststunden laufen von 7.30 morgens bis 6 Uhr abends. Wie die American Telephone und Telegraph Co. mitteilt, ist von Amerika aus nunmehr der Anschluß an 2,482,500 europäische Teilnehmer hergestellt.

Bitte, beachten:

Schluß der großen Legislaturrede Hon. Dr. J. M. Uhrichs, ebenso Rede des Abgeordneten Keelan, Happyland, beide auf Seite 16 dieses „Courier".

Entsetzliche Grubenkatastrophe in Ontario

Hollinger-Mine in Timmins in Brand geraten

39 Tote infolge der Gasdämpfe

Timmins, Ont., 10. Febr. — Ein gräßliches Unglück hat sich in den Goldminen in Timmins ereignet, dem, wie man annimmt, etwa 39 Männer zum Opfer gefallen sind. Ein Feuer, hervorgerufen durch schwelenden Kehricht, der in einer Grube gelegen hat, breitete sich in den unteren Schichten (550 Fuß tief) aus, wo viele Männer ihre tägliche Arbeit verrichteten. Eine Partie von Goldgräbern, welche etwa 1200 Fuß tief unter der Erde an der Arbeit waren, wurden plötzlich aufgerufen, den Lift zu besteigen und sofort an die Oberfläche zu kommen. Es dämmerte den Männern gleich auf, daß da etwas besonderes vorgefallen sein mußte, und schon fühlten sie Rauch und Kohlendämpfe aufsteigen. Sie bestiegen sofort den Lift und wurden nach oben befördert, wo sie auch glücklich anlangten, aber sie wußten ja, daß viele von ihren Kameraden, mit denen sie noch vor wenigen Stunden geplaudert und gescherzt hatten, tief unten im Schacht, wie im Rachen des Todes steckten. Also bestanden sie darauf, wieder herabgelassen zu werden, um ihren Kameraden, welche sie unten wußten, zu Hilfe zu kommen. Sie gelangten auf 550 Fuß Tiefe und mußten wieder umkehren, denn aus dem Schacht entstiegen tödliche Dämpfe und Rauch, während eine fürchterliche Hitze, von dem Feuer, das noch tiefer unten wütete, verursacht, herrschte. Dieser Teil, wo sich die freiwilligen Retter befanden, war schon menschenleer, aber tiefer unten waren noch welche von den Goldarbeitern eingeschlossen und wie durch eine Wand von Tod und Verderben von den anderen getrennt. Immer wieder versuchte es bald der eine, bald der andere der Männer, den Kameraden zu Hilfe zu kommen, aber es war einfach unmöglich. Man mußte den Rettungsversuch aufgeben und an die Oberfläche zurückkehren.

Es ist nur noch geringe Hoffnung, daß die vom Feuer wie in einer Falle unten eingesperrten Männer gerettet werden können. Die Kohlenmonoxiddämpfe, die dem Schacht entstiegen, waren so stark, daß ein Kanarienvogel, welcher im Käfig herabgelassen wurde, nur zwei Minuten am Leben blieb. Um 3.30 mußten die Rettungsarbeiten eingestellt werden, als man sich überzeugt hatte, daß die Rettungsversuche absolut nicht denkbar waren. Vorläufig existiert nur eine Car auf diesem Kontinent, welche fähig wäre, in solchen Umständen Rettungswerk zu leisten, und diese war in den Pennsylvania-Minen und wurde nun aus Pittsburg in aller Eile abgesandt.

Der Superintendent der Mine, Charles Williams, versuchte noch in letzter Minute eine heroische Anstrengung, um die dem Tode ausgelieferten Männer zu retten. Mit einer Partie von Männern stieg er in dem Lift auf 300 Fuß herab, nur 200 Fuß über dem Teile, wo schon die Flammen ihr Zerstörungswerk trieben. Williams stieg allein herunter bis zu dem 400 Fuß tief liegenden Abteil, wurde aber bewußtlos und wurde wieder nach oben gebracht. Von dieser Arbeitsabteilung auf dem 400 Fuß tiefen Schacht waren alle Arbeiter beizeiten herausgebracht worden. Ebenso die Männer vom 550 Fuß tiefen Schacht, wo das Feuer in einem Kehrichthaufen in einer Grube zu schwelen begonnen haben soll. Diejenigen, die sich noch tiefer bei der Arbeit befunden haben, wurden auch rechtzeitig verständigt, aber der Gasdampf und Rauch machten es ihnen schon unmöglich, rasch herauszukommen. Es waren einige hundert Männer in den Schächten beschäftigt, und man fürchtet, daß 39 davon umgekommen sind.

Jedesmal, wenn sich der Lift mit Geretteten wieder auf der Erdoberfläche zeigte, stürzten oben wartende Verwandte und Freunde auf denselben zu, ihre Lieben, die sie im flammenden, dampfenden Erdinnern mußten, mit Bangigkeit unter den Geretteten suchend. Herzergreifende Szenen spielten sich ab, und groß war das Glück von Müttern, Schwestern, Kindern, wenn sie ihre Geliebten gerettet und gesund vor sich sahen. Viele umstanden aber noch immer wartend den hellerleuchteten Schachteingang, Neuigkeiten erwartend und hoffend, daß sich ihre schlimmsten Befürchtungen doch noch im letzten Augenblick als trügerisch erweisen.

Unterdeß wurde es in den Schächten immer schlimmer. Aus dem Schacht Nr. 11 der Hollinger-Mine zeigte sich Rauch und Dampf, und die Zustände in der Abteilung auf 550 Fuß Tiefe wurden schlimmer statt besser. Aber trotzdem herrscht noch einige Hoffnung und der Rettungslift geht auf und ab in der Hollinger Mine, wenn auch ohne Führer, aber durch Leute, welche sich oben befinden, geleitet. Denn noch immer hat man die Hoffnung, der eine oder andere von den 39 eingeschlossenen Männern werde den Lift doch noch besteigen und nach oben gelangen. Einige wurden schon auf diese Weise gerettet. Sechs Leichen wurden unterdessen auch schon nach oben gebracht. Die meisten der unten eingeschlossenen Männer sind Fremdgeborene, und nur 13 englischsprechende sollen darunter sein.

Am frühen Nachmittag des 10. Februar wurden weitere 10 Männer, welche im Schacht gefangen waren,

(Fortsetzung auf Seite 5)

Großbritannien für Rheinlandräumung

Will aber im Einvernehmen mit Alliierten vorgehen

Belgier Vandervelde befürchtet Aufreizung der Deutschen zur Rache

London. — Im Unterhaus wurde vom Unterstaatssekretär Godfrey Locker-Lampson des Auswärtigen Amts erklärt, eine Vereinbarung zwischen den Alliierten und Deutschland, wonach eine völlige Räumung des Rheinlandes sich vor dem im Versailler Vertrage bestimmten Zeitraum ausführen ließe, würde England willkommen sein.

In dieser Frage, sagte er, sei die britische Haltung, die eine baldige Räumung des Rheinlandes befürwortete, schon seit dem Locarno-Pakt bekannt gewesen, indessen zögere die Regierung, in gesondertem Vorgehen ihre Truppen zurückzuziehen, weil dies den Anschein geben würde, als wollte man einen Druck auf Frankreich ausüben.

Die kürzlichen Aeußerungen des französischen Außenministers Briand in dieser Angelegenheit werden hier dahin ausgelegt, daß die Frage nicht von Frankreich allein zu lösen sei, während viele Mitglieder der Opposition im Unterhaus dafür eintreten, daß England durch Zurückberufung seiner eigenen Truppen den Antrieb zur Lösung des Räumungs-Problems geben sollte.

In der Unterhaus-Sitzung wurde die Frage von Noel Burton direkt an die Regierung gerichtet. Er verlangte Aufschluß darüber, „ob die Regierung die Frage einer baldigen Zurücknahme der britischen Truppen aus dem Rheinland in Erwägung ziehen würde?"

Unterstaatssekretär Locker-Lampson antwortete darauf im Namen der Regierung, die Auswirkung einer gesonderten Zurücknahme britischer Truppen würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen keinen Vorteil bringen und eine allgemeine Räumung könnte nur durch eine Vereinbarung zwischen den alliierten Mächten auf der einen Seite und Deutschland auf der anderen Seite herbeigeführt werden. Eine solche Abmachung aber würde der Regierung willkommen sein."

Der konservative „Daily Expreß" setzt sich energisch für eine sofortige Räumung des Rheinlandes ein. Noch immer, schreibt das Blatt, unterhalte England im Rheinland vollkommen sinnlos ein Stück von einer Armee, die nicht wisse, was sie dort eigentlich noch zu tun habe. Sollte dieses Phantom einer britischen Besatzungsarmee Deutschland terrorisieren, seine Entwaffnung erzwingen oder Deutschland für Verfehlungen gegen den Friedensvertrag bestrafen? Die paar tausend Mann in Wiesbaden, die sich dort vor Langeweile umbrächten, seien hierzu überhaupt nicht zu brauchen. Anderseits seien sie aber zahlreich genug, um auf den „erwachenden Geist des deutschen Nationalismus" wie ein rotes Tuch auf einen Stier zu wirken und als Erinnerung an Ereignisse zu dienen, die am besten vergessen wür-

(Fortsetzung auf Seite 5)

Furchtbarer Sturm in Kalifornien

Los Angeles, Cal. — Südkalifornien ist von einem furchtbaren Sturm heimgesucht worden, der eine Geschwindigkeit von mehr als 60 Meilen die Stunde erreichte. In der Nähe von Pasadena wurde das Dach des Mount Love-Observatoriums fortgerissen und das große Teleskop in zwei Teile zerbrochen, sowie alle Telephonverbindungen zerstört.

Der 13jährige Chester Hammack wurde getötet, als er eine elektrische Leitung von 4000 Volt Spannung berührte, die vom Sturm heruntergerissen worden war.

In Burbank wurde eine im Bau befindliche Kirche völlig zerstört und das Dach der Joaquim Miller-Schule teilweise abgedeckt, sowie zahllose Schaufensterscheiben zerbrochen und Telephon- und Lichtleitungspfosten umgestürzt.

In Altadena wurde ein neues Haus umgeweht und etwa 400 Telephonleitungen unterbrochen; auch wurden weitere kleinere Schäden von dorther gemeldet.

In der Nähe von Glendale wurde eine Flugzeughalle zerstört, wobei die darin befindlichen fünf Flugzeuge ebenfalls der Vernichtung anheimfielen.

Auch sonst werden Schäden gemeldet, doch sind diese leichterer Natur.

Fanatische Mexikaner

Stadt Mexiko. — Berichte aus Silao, Staat Guamajuato, sagen, daß eine große Christusfigur, die dort auf einem Hügel der Stadt stand, durch eine Dynamitsprengung zerstört wurde.

Die Telegramme sagen, daß die Statue bereits vor einigen Tagen angeblich von antikatholischen Elementen gesprengt wurde.

Die Statue war unter dem Präsidenten Obregon, dem Vorgänger Calles', aus einer Sammlung der mexikanischen Katholiken errichtet und vom päpstlichen Nuntius Monsignore Philippi geweiht worden.

Saskatchewan-Legislatur

Alterspensionsgesetz angenommen.

Regina. — Die Vorlage für das Alterspensionsgesetz von Saskatchewan erlebte letzte Woche in der Legislatur ihr endgültiges Stadium und sieht nun der Zustimmung des Leutnant-Gouverneur entgegen, bevor sie in das Gesetzbuch der Provinz aufgenommen wird. Wie erwartet, entwickelte sich keine Opposition gegen die Vorlage, die Debatte zeigte sogar eine bemerkenswerte Einmütigkeit der Meinung hinsichtlich der Notwendigkeit eines solchen Gesetzes. Die Konservativen schränkten ihr Lob entsprechend ihrer Parteiplattform, wie sie auf der Winnipeger Konvention angenommen worden ist, etwas ein, indem sie erklärten, Alterspensionen seien eine Bundes- und nicht eine Provinzialangelegenheit. Doch das Haus stellte sich auf den Standpunkt, daß damit der betreffenden Bevölkerungsklasse eine sofortige Hilfe zuteil werde.

Landwirtschaftsminister C. M. Hamilton, der die Vorlage begründete, bemerkte, das Gesetz würde der Provinz eine ungefähre jährliche Auslage von $235,000 verursachen, wovon $13,000 durch Verwaltungskosten entstehen würden. Der Beitrag der canadischen Bundesregierung würde sich demnach auf ungefähr $212,000 belaufen, sodaß dann insgesamt $424,000 unter den alten Leuten von Saskatchewan verteilt werden konnten. Die Verwaltung wird dem Departement für Ausführung des Kinderwohlfahrtsgesetzes übertragen werden.

Nachdem die Debatte über die Thronrede erledigt war, machte das Geschäft der Session schnelle Fortschritte. Bereits mehr als 20 Vorlagen sind in dritter Schlußlesung angenommen worden. Meinungsverschiedenheiten traten wenige zutage; nur um eine Abänderung des Gesetzes gegen schädliche Unkräuter, wobei es sich hauptsächlich um die Sau- und Canadadistel handelte, entspann sich eine Debatte. Die Farmer auf beiden Seiten des Hauses nahmen daran teil.

Eine gewisse Diskussion rief auch die Regina-Bill hervor, die ein Abkommen zwischen der Stadt Regina und der Pat Burns-Gesellschaft ratifiziert. Der Widerspruch richtete sich gegen den Grundsatz der Begünstigung von Industrien, sei es bei der Steuereinschätzung oder sei es bei Gewährung von Konzessionen. Die Vertreter von Moose Jaw wandten sich entschieden dagegen, indem sie behaupteten, dadurch würden die Städte zu einem offenen Wettbewerb um die Heranziehung von Industrien angetrieben. Schließlich wurde die Vorlage doch in dritter Lesung angenommen.

Am Freitag wurde die neue Gasolinsteuer in erster Lesung vorgenommen. Nach der Vorlage, die Minister S. J. Latta eingebracht hat, ist eine Steuer von 3 Cents per Gallone vorgesehen. Wenn sie angenommen wird, wird sie am 1. Mai in Kraft treten.

Der Bericht der Alkoholbehörde für das Finanzjahr, das am 31. März 1927 zu Ende ging, wurde im Hause am Mittwoch vorgelegt. Der Bruttogewinn beläuft sich auf $2,114,866.64 bei einem Gesamtverkauf im Werte von $10,306,208.11. Nach Uebertragung des gesetzmäßig festgelegten Anteils auf die Kontingentreserve verbleibt noch ein Nettogewinn von $1,856,221.96.

Die letzte Woche verlief also, wie man sieht, ruhig und friedlich, abgesehen von einigen kleineren Scharmützeln.

In dieser Woche wird die von Dr. J. T. M. Anderson, konservativ, Saskatoon, eingebrachte Resolution besprochen werden, die folgenden Wortlaut hat:

„Möglichst bald soll Umschau nach Landflächen in Saskatchewan gehalten werden, die für die Besiedlung zur Verfügung stehen und geeignet sind; eine provinziale Einwanderungs- und Kolonisationspolitik soll ohne Zögern eingeleitet werden; die Frage der Ernennung eines Generalagenten für Saskatchewan mit dem Hauptsitz in London, England, soll von der Regierung erwogen werden, um die britische Einwanderung zu fördern und in diese Provinz zu leiten."

Deutsch-russische Handelskonferenz

Den Sowjets werden Vertragsverletzungen vorgeworfen

Sollen deutschen Kredit mißbraucht haben

Berlin. — In einer Besprechung der Notwendigkeit der Handelskonferenz zwischen deutschen und russischen Vertretern, die demnächst zwecks Erörterung gewisser Bestimmungen des bestehenden Handelsvertrages stattfinden soll, wird von der „Börsen-Zeitung" auf Verletzungen des Vertrags, der den Sowjets einen Kredit von 300,000,000 Mark gewährleistet, hingewiesen.

Die dargebotenen Kredite, sagt das Blatt, seien von Rußland nicht für erhöhte Warenbestellungen in Deutschland verwendet worden, sondern im Gegenteil für politische Zwecke, sowie für Aufträge in anderen Ländern, insbesondere in den Ver. Staaten, in direkter Verletzung des deutsch-russischen Uebereinkommens. Weiter erklärt die Zeitung, Beweise seien vorhanden, daß die Sowjets während des verflossenen Jahres nicht nur gewisse Waren, die früher ausschließlich von Deutschland geliefert wurden, in Amerika angekauft hätten, sondern daß sogar auch deutsche Waren auf dem Wege über Amerika nach Rußland eingeführt wurden.

Deutsche Industrielle sollen auf Umfragen des Blattes sich bereits über Preissenkungen beschwert haben, verursacht durch das von den Einkaufsmonopol der russischen Regierung befolgte Verfahren. Maschinenfabrikanten erklären, der gewährte Kredit von 300,000,000 Mark für Rußland habe sich als nachteilig den deutschen und russischen Geschäftsinteressen erwiesen, weil dadurch die Russen sich zu der Forderung von Kredit für die Dauer von 2 bis 4 Jahren als berechtigt dünken, um im Handel mit Deutschland längere Zahlungsfristen als früher üblich zu erhalten.

Die russische Delegation zu der Handelskonferenz steht unter Führung des Präsidenten der Sowjet-Staatsbank, Scheinemann, und des Verkehrskommissars Rubsutek.

Schüsse auf chinesischen Exminister

Singapore, Straits Settlement. — Auf Dr. C. C. Wu, früheren Auslandsminister der nationalistischen Regierung in Nanking, wurde geschossen, als er die chinesische Handelskammer verließ, er entkam indessen unverletzt.

Während Dr. Wu, ein Sohn des verstorbenen Dr. Wu Ting Fang, früherem chinesischen Botschafter in Washington, nicht verletzt wurde, ist einer seiner Begleiter, Dr. Lu-Bun-King, der frühere Prinzipal der Amoy Universität, verletzt worden. Die Angreifer entkamen.

Heliumgas in Deutschland.

Berlin. — Bei Forschungen, die bei Erweiterungsbauten der Opelwerke in Rüsselsheim vorgenommen wurden, ist in einer nahezu 2000 Fuß tiefen Verlagerungsspalte ein beträchtliches Heliumgasvorkommen festgestellt worden. Die schwierige Erschließung der Heliumgasquelle soll gemeinsam mit der daran interessierten Luftschiffindustrie in Angriff genommen werden.

England will keinen Krieg mit Amerika

London. — Im Unterhaus erklärte Außenminister Sir Austen Chamberlain, Krieg mit Amerika oder Vorbereitungen für einen solchen Krieg würden niemals eine Grundlage britischer Politik bilden.

Der Außenminister sagte, Englands Flottenbau sei kein Wettrüsten und seine Baupläne richteten sich nur nach der Notwendigkeit des Schutzes britischer Interessen.

Inbezug auf das Scheitern der Dreimächte-Flottenkonferenz in Genf bemerkte Chamberlain, die britische Regierung und zweifellos auch die amerikanische bedauerten bitter den Fehlschlag der ehrlichen Bemühungen Amerikas und Englands, im Verein mit Japan die in Washington begonnene Arbeit der Beschränkung der Rüstungen weiter vorwärts zu bringen. Indessen denke er, und er glaube, die anderen Regierungen denken ebenso, daß es nicht ratsam sein würde, die Angelegenheit zu dieser Zeit wieder aufzunehmen.